

Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines nach § 15 Landeswohnraumförderungsgesetz (LWoFG)



Die nachfolgend erbetenen Angaben sind notwendig um beurteilen zu können, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausstellung der Bescheinigung bei Ihrem Haushalt vorliegen und welche Wohnungsgröße für diesen Haushalt in Betracht kommt. Eine Verweigerung der Angaben führt zur Ablehnung des Antrages. Angaben die zwar hilfreich, jedoch nicht erforderlich sind, sind entsprechend gekennzeichnet und müssen daher nicht angegeben werden.

Die personenbezogenen Daten werden auf Grundlage der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) erhoben. Hinweise hierzu finden Sie auf unserer Homepage unter: <https://www.neckarsulm.de/meta/datenschutz.html>

Stadt Neckarsulm
Bauverwaltungsamt
Marktstraße 18
74172 Neckarsulm

Eingangsstempel

Ihre Ansprechpartner sind:

Frau Keicher, Frau Reiswich, Frau Hille, Tel. 07132 35-2102/2103,

E-Mail: bauverwaltungsamt@neckarsulm.de

Sprechzeiten: Montag bis Freitag 08:00 - 12:00 Uhr

Montag 13:30 - 15:30 Uhr, Mittwoch 13:30 - 17:00 Uhr

1. Antragsteller

Familienname ggf. Geburtsname	Vorname
Geburtsdatum	Telefonnummer
Straße und Hausnummer	PLZ, Ort
Haben Sie Ihre derzeitige Wohnung mit einem Wohnberechtigungsschein bezogen? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsstatus

2. Haushaltsangehörige, die in die künftige Wohnung aufgenommen werden sollen

Damit neben dem Antragsteller auch die übrigen Mitglieder des Haushalts von der beantragten Wohnberechtigung mit umfasst werden sowie dem Haushalt eine angemessene Wohnungsgröße zugemessen werden kann, sollen alle Angehörige des Haushalts benannt werden. Ein Haushalt liegt nur vor, wenn Personen aus dem nachfolgend bezeichneten Personenkreis miteinander eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen: der Antragsteller, sein Ehegatte oder sein Partner einer sonstigen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft oder sein Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes, sowie deren Verwandte in gerader Linie (z. B. Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Geschwister) sowie Schwägerte in gerade Linie (z. B. Schwiegereltern, Stiefkinder) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Schwager, Schwägerin), Pflegekinder und Pflegeeltern. Zum Haushalt rechnen auch Personen, die alsbald, regelmäßig innerhalb der nächsten sechs Monate, in den Haushalt aufgenommen werden sollen, sowie Personen die nur vorübergehend von dem Haushalt abwesend sind.

Nr.	Familienname, Vorname	Geburtsdatum	Verhältnis zum Antragsteller (z.B. Ehegatte, Sohn, Tochter)	Staatsangehörigkeit	Aufenthaltsstatus
2					
3					
4					
5					
6					

3. Haushalte mit besonderen Merkmalen (freiwillig)

Ein kleiner Teil der geförderten Mietwohnungen im Land ist ausschließlich oder vorrangig bestimmten Haushalten bzw. Personengruppen vorbehalten; jedoch ist das nicht in jeder Gemeinde der Fall. Nachfolgend sind die häufigsten dieser insoweit privilegierten Haushalte oder Personengruppen bezeichnet.

Erfüllt ihr Haushalt oder einer der Haushaltsangehörigen (z. B. Schwerbehinderung mit speziellen Wohnbedürfnissen) die an diese Merkmale geknüpften Eigenschaften, können Sie dies anschließend eintragen und somit unter Umständen in den Genuss eines solchen Vorbehalts kommen. Das gilt auch, falls Voraussetzungen eines Vorbehalts erfüllt werden, der nicht aufgeführt ist. Sie können diesen hinzufügen.

Haushalt mit besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung

ehemalige Wohnsitzlose ehemalige Strafgefangene Suchtkranke _____

älterer Mensch / ältere Menschen (60. Lebensjahr vollendet) mit Bedarf für eine **betreute** Seniorenmietwohnung

älterer Mensch / ältere Menschen (60. Lebensjahr vollendet) ohne Bedarf für eine **betreute** Seniorenmietwohnung

Schwerbehinderter Mensch mit speziellen Wohnungsbedürfnissen hinsichtlich Grundriss und Ausstattung

Name, Vorname	Art des Wohnbedürfnisses / Begründung

Sonstige _____

4. Einkommen

Der soziale Ansatz, mit dem das Land den Bau von Mietwohnungen unterstützt, verlangt, dass diese Mietwohnungen nur Haushalten mit geringerem Einkommen überlassen werden. Deshalb sind bestimmte Einkommensgrenzen einzuhalten, damit die Sozialmietwohnungen ihrem Förderzweck entsprechend verwendet werden. Das setzt die Ermittlung des Haushalteinkommens voraus. Entscheidend hierfür sind die **Bruttojahreseinkommen** aller Haushaltsmitglieder, welche zum Gesamteinkommen des Haushalts summiert werden, sofern solche Einkommen erzielt werden. Bei nicht selbständiger - auch geringfügiger - Arbeit ist der Bruttojahresverdienst (Bruttolohn, Bruttoverdienst) abzüglich der zuletzt steuerlich anerkannten Werbungskosten, bei selbständiger Arbeit, auch in der Land- und Forstwirtschaft oder in einem Gewerbebetrieb, der zuletzt steuerlich anerkannte Gewinn, bei Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen der Überschuss der Einnahmen über die zuletzt steuerlich anerkannten Werbungskosten, bei wiederkehrenden Bezügen sind z. B. Renten- und Pensionsbezüge abzüglich von zuletzt steuerlich anerkannten Werbungskosten anzugeben.

Hinzu kommen bestimmte steuerfreie Einkünfte nach § 3 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes - EStG - (z. B. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld, Arbeitslosenhilfe, Übergangsgeld, Eingliederungshilfe, Überbrückungsgeld, Leistungen nach SGB II usw.).

Es ist grundsätzlich das Jahreseinkommen maßgeblich, das ab dem Monat der Antragstellung zu erwarten ist. Sollten hierzu keine verlässlichen Angaben möglich sein, kann auch das Einkommen der letzten zwölf Monate berücksichtigt werden. Bitte tragen Sie in der folgenden Tabelle die entsprechenden Einnahmen/ Beträge und deren Höhe ein. Dies ist regelmäßig nachzuweisen.

4.1 Personen mit eigenem Einkommen (alle Angaben in Euro)

Einkommen aus	Antrag- steller	Name _____	Name _____	Name _____	Name _____	Name _____
nicht selbständiger Arbeit						
geringfügiger Beschäftigung						
selbständiger Arbeit						
Vermietung/ Verpachtung und Kapitalvermögen						
Alters-/Witwen-/Waisenrente, Pension, Betriebsrente						
steuerfreien Einkünften (§ 3 EStG Nr. 2)						
Unterhaltsleistungen (jeweils in voller Höhe)						

4.2 Werbungskosten

Werbungskostenpauschalbeträge für steuerpflichtige Einnahmen werden ohne Nachweis berücksichtigt. Höhere Aufwendungen und Werbungskosten für steuerfreie Einnahmen müssen Sie uns nachweisen (bitte eintragen und Nachweis vorlegen).

Einkommen aus	Antragsteller	Name	Name	Name	Name	Name

4.3 Entlastungsbetrag

Alleinerziehende steuerpflichtige Personen können einen Entlastungsbetrag (§ 24 b EStG) von der Summe der Einkünfte abziehen, wenn zu ihrem Haushalt mindestens ein Kind gehört, für das ihnen ein Freibetrag oder Kindergeld zusteht (§ 32 Abs. 6 EStG).

Entlastungsbetrag in €	Name/n des/der Kindes/Kinder

4.4 Unterhaltsleistungen als Unterhaltspflichtige/r

Im Falle gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen werden Unterhaltsleistungen, jeweils als Abzug vom Einkommen, wie folgt berücksichtigt:

- in Form von Kindesunterhalt bis zu 3.000 € jährlich je Kind
- in Form von Trennungs- oder Scheidungsunterhalt bis zu 6.000 € jährlich.

Höhe des Unterhalts in €	Unterhalt an

4.5 Dauerhafte Haushaltsführung

Die nachfolgend erbetenen Angaben sind nur in den anschließend benannten Fällen erforderlich!

Ein Wohnberechtigungsschein kann nur erteilt werden, wenn der Wohnungssuchende überhaupt in der Lage ist, für sich und seine Haushaltsangehörigen auf längere Dauer einen selbstständigen Haushalt zu führen. Kann jedoch kein oder nur ein sehr geringes Einkommen ermittelt werden oder handelt es sich insbesondere um minderjährige Antragsteller oder Wohnungssuchende in Ausbildung, so können an der Fähigkeit zur eigenständigen Haushaltsführung Zweifel bestehen. In solchen Fällen sind auch Einnahmen anzugeben die bei der Einkommensermittlung unberücksichtigt blieben (z. B. Erziehungsgeld, Elterngeld).

Einkommen aus	Antragsteller	Name	Name	Name	Name	Name

4.6 Zu erwartende Einkommensänderungen

Künftige Einkommensänderungen sind bei der Einkommensermittlung zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb von zwölf Monaten nach der Antragstellung mit Sicherheit zu erwarten sind. Ist das der Fall, sind die Haushaltsangehörigen entsprechend zu bezeichnen und die nachfolgenden Angaben zu machen.

Name, Vorname	Datum	Grund der Verringerung / der Erhöhung	Neuer Betrag

5. Vorhandenes erhebliches verwertbares Vermögen

Ein Wohnberechtigungsschein darf trotz Einhaltung der maßgeblichen Einkommensgrenzen nicht oder nicht in vollem beantragtem Umfang erteilt werden, wenn der Haushalt über angemessenes Wohneigentum (Eigentumswohnung, Ein- oder Mehrfamilienhaus) oder sonst über erhebliches verwertbares Vermögen (z. B. Barvermögen, Guthaben, Wertpapiere, Grundeigentum) verfügt.

Verfügen Sie oder eine zu Ihrem Haushalt rechnende Person über angemessenes Wohneigentum oder erhebliches verwertbares Vermögen? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		
Wenn ja, welcher Art und welchen Wertes?		
Bei Wohneigentum sind zusätzlich noch folgende Angaben erforderlich (gilt auch für Objekte im Ausland)		
Ort	Straße, Hausnummer	Land
Grundstücksgröße	Wohnfläche	Baujahr

6. Angaben bei zusätzlichem Raumbedarf

Die Angemessenheit der Wohnfläche und der Zahl der Wohnräume hängt von der Größe des Haushalts ab. Über diese feststehenden Größen hinaus kann aus bestimmten Gründen ein zusätzlicher Flächen- und Raumbedarf des Haushalts bestehen oder zukünftig erforderlich werden. In Ausnahmefällen kann ein solcher zusätzlicher Bedarf anerkannt werden (z. B. aufgrund einer Behinderung).

--

7. Wohnungstausch (nur auszufüllen, wenn schon eine bestimmte Wohnung feststeht)

Bewohnen Sie bereits eine geförderte Wohnung, so dass diese im Falle ihres Umzugs frei werden würde, handelt es sich um einen Wohnungstausch. Bitte teilen Sie uns Ihre Absichten mit, welche Sozialwohnung Sie beziehen wollen.

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort	Miete in Euro	Größe in m ²	Anzahl Zimmer
Name und Anschrift des Vermieters	Gebäudeteil, Stockwerk, evtl. Wohnungsnr.		

8. Betreuerin/Betreuer oder Bevollmächtigte/Bevollmächtigter

Betreuerin/Betreuer

Werden Sie von einer/einem Betreuerin/Betreuer vertreten? Ja Nein

(Falls ja, ist der Ausweis vorzulegen)

Name, Vorname der/des Betreuerin/Betreuer	Adresse	Telefonnummer

Bevollmächtigte/Bevollmächtigter

Werden Sie von einer/einem Bevollmächtigten vertreten? Ja Nein

(Falls ja, ist die Vollmacht vorzulegen)

Name, Vorname der/des Bevollmächtigten	Adresse	Telefonnummer

9. Erklärung

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Von der Antragstellerin / dem Antragsteller und jedem zum Haushalt rechnenden Familienangehörigen, der über eigenes Einkommen verfügt, wurde ein Einkommens-nachweis (Jahreseinkommen) vorgelegt. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben strafrechtlich verfolgt werden.

Ort, Datum

Unterschrift (der Antragstellerin / des Antragstellers)

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beigefügt (NUR IN KOPIE)

Zum Nachweis des Gesamtjahreseinkommens des Haushalts (Kontoauszüge werden nicht anerkannt)

- Einkommensnachweise / Verdienstbescheinigungen der letzten 12 Monate
- (auch bei geringfügigen Beschäftigungen)
- Bei Beschäftigungsdauer unter 1 Jahr: Arbeits- oder Ausbildungsvertrag, ggfs. Bescheinigung vom Arbeitgeber über Verdienst und Zulagen
- Aktuelle Rentenbescheide (Alters-/Witwen-/Waisenrente, Betriebsrente, Pension)
- Arbeitslosengeld I / II (aktueller Bescheid mit Berechnung), Eingliederungshilfe
- Bescheid über Grundsicherungsleistungen
- Einkommensteuerbescheid
- Bei Selbstständigen: Gewinn- und Verlustberechnung sowie Steuerbescheide der letzten 2 Jahre
- Nachweis Berufsausbildungsbeihilfe / BAföG
- Nachweis über die Veränderungen der Einnahmen in den nächsten 12 Monaten
- Nachweis über Unterhaltsleistungen/Unterhaltsverpflichtungen (Unterhaltstitel o.ä.)

Sonstige Nachweise

- Ausweiskopie bei Ausländern
- Nachweis Aufenthaltstitel mit mind. 1 Jahr Gültigkeit (Kopie von Ausweiskarte)
- Antragsteller mit **Duldung, Aufenthaltsgestattung oder Fiktionsbescheinigung**
- sind für einen Wohnberechtigungsschein **nicht berechtigt**
- Schwerbehindertenausweis oder schriftlicher Nachweis mit vergleichbarem Beweiswert
- Schulbescheinigung für Kinder ab 15 Jahre
- Bei Schwangeren: Mutterpass (Kinder ab 12. Woche werden als Haushaltsangehörige gezählt)
- Bei minderjährigen Antragstellern: Einverständniserklärung eines Erziehungsberechtigten
- Kindergeldnachweis